

# **Stellungnahme der FDP-Fraktion zur Haushaltssatzung 2023, der Wirtschaftspläne des Eigenbetriebs DUI und der Stadtwerke**

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Verwaltung legt uns wiederum einen Haushaltsplan mit einem ausgeglichenen Ergebnis vor. Hiermit wird der Eindruck erweckt, als seien die städtischen Finanzen in Ordnung.

Anzumerken bleibt, dass durch einen Rückgriff auf ungebundene Liquidität der ausgeglichene Haushalt erreicht werden konnte und dass es sich wie immer um eine Planung handelt, die in mehrfacher Hinsicht natürlich offen ist und im Nachhinein sich als richtig oder unrichtig darstellen kann.

Wir als FDP sehen in einem solchen Haushaltsplan wieder die Möglichkeit der Verwaltung, umfangreich Erträge und Aufwendungen auszutarieren, planmäßig zu verfassen und dann das Verwaltungshandeln - im größten Maße nach eigenen Vorstellungen – einerseits niederzulegen und andererseits auch „durch die städtischen Gremien zu bringen“.

Die Verwaltung hat uns den erreichten Haushaltsausgleich zweiter Klasse ja umfangreichst dargestellt und wir haben am Dienstag erfahren, dass sich aus der Jahresrechnung ein

weiterer positiv zu Buche schlagender Betrag von ca. 2,3 Mio. € sich ergeben hat und damit ein höheres Defizit für die Folgejahre eingeplant werden kann.

Das belegt eindeutig, dass wir natürlich immer von Plänen ausgehen, die letztlich hoffentlich von richtigen Annahmen gespeist sind und die sich erst im Nachhinein verifizieren lassen; wir hoffen, dass auch der Jahresabschluss 2023 dann wieder positiver ausfällt als angenommen.

Das hatte ich letztes Jahr schon so dargestellt. Ich hatte im letzten Jahr auch erläutert, dass das Verhältnis von Verwaltung zur Stadtverordnetenversammlung ein solches Planungsverfahren vorsieht und dass dies im Grunde genommen ja in keiner Weise zu beanstanden ist.

Um es aber auch gleich vorweg darzustellen, das Verhältnis zwischen Verwaltung und Stadtverordnetenversammlung gerät zunehmen unter Druck und es gibt durchaus Gründe, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zunehmend in Frage zu stellen.

Hintergrund ist, dass man den Eindruck gewinnt, dass sich die Verwaltung seit längerer Zeit oft faktisch weigert, konkret beschlossene Anträge mit einem konkreten Inhalt zu bearbeiten und dann zur Beschlussfassung vorzulegen.

Dies gilt im Hinblick auf die städtische Öffentlichkeitsarbeit, zu der schon im Frühjahr 2022 konkrete Anträge gefasst worden sind.

Zugegeben, es ist kein Endtermin für die Vorlage der entsprechenden Vorschläge in dem Antrag bestimmt gewesen. Wenn aber die Verwaltung seit nunmehr ca. 10 Monaten in dieser Angelegenheit kaum tätig wird, nur beschwichtigende Antworten gibt und auch auf Anfragen hin nicht festzustellen ist, dass die Verwaltung die Aufträge der Stadtverordnetenversammlung abarbeitet, führt das eher zu einem Vertrauensverlust gegenüber der Verwaltung.

Wenn dann aber - so wie bei dem Antrag über die Berechnung der Betriebs- und Folgekosten von Baumaßnahmen, bei dem ja die Stadtverordnetenversammlung beschlossen hat, dass bis Ende Oktober 2022 die Vorlage zu erarbeiten und vorzulegen ist, immer noch weiter beschwichtigt wird, fängt - nach Auffassung der FDP-Fraktion - eine Vertrauenskrise an.

Dem sollte schnell entgegengewirkt werden, um den Eindruck zu widerlegen, dass man aus nicht nachvollziehbaren Gründen auf Zeit spielt, um letztlich die Entscheidungen immer weiter nach hinten zu verschieben.

Meine Damen und Herren, ich sage hier eindeutig für die FDP-Fraktion, dass wir ein solches Verhalten nicht mehr weiter akzeptieren wollen.

Wir sind gerne dafür offen, eine vernünftige und sachliche Zusammenarbeit zu haben.

Wir nehmen für uns auch in Anspruch, dass wir immer und überall mit offenen Karten spielen und unsere Vorstellungen eindeutig und freimütig darstellen.

Wir können aber nicht nachvollziehen, warum vom Parlament beschlossene Anträge nicht umgesetzt werden und insbesondere, warum detailliert gestellte Fragen, das heißt, die detailliert gestellten großen Anfragen, grundsätzlich verspätet oder nicht beantwortet werden, ja sogar über mehrere Stadtverordnetenversammlungen hinaus nicht beantwortet werden. Sollten die Fragen unverständlich sein, wäre es zumindest angezeigt, konkret bei uns nachzufragen.

Für uns ist bald die Schwelle erreicht, nach der die Kommunalaufsicht durchaus über die Sachverhalte informiert werden sollte. Inwieweit die parlamentarischen Rechte anderweitig durchgesetzt oder rechtshängig gemacht werden können, werden wir von dem Verhalten der Verwaltung in den nächsten Wochen abhängig machen.

Sicher ist, dass wir den Eindruck haben, dass über die persönlichen Vertrautheiten, die durchaus bestehen, auch über die eigentlich gute Gesprächskultur in Stadtallendorf bestehenden Verbindungen letztlich einseitig immer weiter in Zweifel gestellt werden.

Für die FDP-Fraktion erkläre ich dies vor dem Hintergrund, dass ja die Personalentwicklung im vorliegenden Haushalt durchaus Anlass dazu geben könnte, dass genügend Personal vorhanden ist, um die parlamentarischen Angelegenheiten gut abuarbeiten.

Wer sich überlegt, wie sich in den letzten Jahren alleine der Personalbereich entwickelt hat und nun immer mehr Personal zu verwalten ist, wird erkennen, dass zwar zu jetzigen Zeiten dies

zunächst kein Problem bedeutet, wenn aber zu irgendeinem Zeitpunkt Kürzungen vorzunehmen sein werden, wird dies im Personalbereich kaum gelingen.

Wenn Personal- und Versorgungsaufwendungen im Vergleich zum Ergebnis des Jahres 2021 im Plan für das Jahr 2023 um ca. 20 % erhöht angesetzt sind, wird deutlich, wo die Risiken in unserem Haushalt liegen.

Unverständlich bleibt, dass immer mehr Personal eingestellt wird, andererseits aber auch die „Fremdvergaben“, also z.B. Werkverträge für Planungen etc. in immer größerem Ausmaß nach außen kostenträchtig vergeben werden. Das ist ineffektiv. Einspareffekte müssten hier möglich sein, hier besteht also Handlungsbedarf für die Zukunft.

Hier ist auf Dauer gesehen eine erhebliche Kostenmanifestation festzustellen.

Dass Stadtallendorf aufgrund der Gewerbesteuersituation auch im Jahr 2022 als eine von drei Kommunen des Landkreises erhebliche Einnahmeverbesserung zu verzeichnen hatte, ist positiv. Alle sollten hoffen, dass dies so bleibt.

Die Risiken, die damit verbunden sind, werden seit Jahrzehnten jährlich beschrieben. Die Stadt Stadtallendorf kann es sich offensichtlich leisten, die Gewerbesteuereinnahmen wieder über 40.000.000 € einzuplanen und zu prognostizieren. Das Ergebnis des Jahres 2022 gibt dieser Prognose Recht und wir sollten alles dafür tun, dass die Gewerbesteuererträge in Stadtallendorf nicht einbrechen. Das heißt insbesondere, dass der Hebesatz in

keiner Weise verändert wird, sodass wir auch in den nächsten Jahren deutlich unter dem was im Kreisdurchschnitt üblicherweise verlangt wird, bleiben und damit Stadtallendorf attraktiv halten.

Wenn wir bei der Entwicklung des Einkommenssteueranteils mit einer Höchstprognose in diesen Haushalt gehen, mag dies durch die bekannten Zahlen gerechtfertigt sein. Es bleibt aber darauf hinzuweisen, dass Erträge von über 10.000.000 € erstmals und einzig in den letzten Jahren im Jahre 2014 vorgekommen ist. Insoweit muss Stadtallendorf auch attraktiver -für Personen die Höchststeuersätze zahlen - werden.

Nicht besonders überraschend ist es, dass die Stadt Stadtallendorf bei den Umlagezahlungen Höchststände einplant. Es ist die Entwicklung der Kreis- und Schulumlage eindeutig immer weiter nach oben gerichtet.

Wer die Finanzlage des Kreishaushaltes kennt, wird davon ausgehen müssen, dass der Ansatz realistisch ist, weil der Landkreis in nächster Zeit erhebliche Probleme mit seinem Haushalt haben wird, wenn die gesetzlichen Grundlagen nicht geändert werden. Es bleibt zu hoffen, dass die entsprechenden Umlagen, die ja im Jahre 2023 nach Prozentpunkten nicht erhöht worden sind, in den Folgejahren ebenfalls konstant bleiben können.

Ob das Land Hessen die Regeln wegen des Problems der Stadt Marburg zum Landkreis ändern wird, bleibt abzuwarten.

Sorgen muss die Entwicklung der Betriebskosten verschiedenster städtischer Bauten machen.

Der Haushalt beruht auf den Mittelanmeldungen aus den Fachbereichen Stand Herbst 2022, wobei es durchaus überlegenswert ist, zukünftig die konkrete Struktur dieser Mittelanmeldungen gegenüber den parlamentarischen Gremien offenzulegen.

Wir wollen die Seriosität hier nicht in Frage stellen, geben aber zu bedenken, dass es durchaus schwierig ist, die Mittel konkret und berechnet vorzulegen, wenn einzelne Parameter hier nicht bekannt sind.

Es steht ja immer noch der abzuarbeitende Antrag der Stadtverordneten im Raum, wonach bei verschiedenen Baumaßnahmen die Betriebs- und Folgekosten jeweils zu ermitteln sind.

Das Ergebnis einer entsprechenden Bewertung würde den zuständigen Sachbearbeitern wesentlich besseres und fundierteres Material zu Verfügung stellen, um die Mittelanmeldungen dann auch konkreter formulieren und begründen zu können.

In diesem Zusammenhang komme ich noch einmal auf die bisher unbeantworteten großen Anfragen unserer Fraktion zurück.

Wir hatten ja im Jahre 2022 konkret zu bestimmten Bauvorhaben die entsprechenden Berechnung der Folge- und Betriebskosten erfragt.

Alleine die Dauer der Beantwortung und das Hinauszögern der Bekanntgabe der konkreten Berechnungen lassen uns hier misstrauisch werden.

Es ist klar und deutlich zu sagen: Uns geht es hier nicht darum, etwaige Versäumnisse anzuprangern oder offenzulegen.

Wir wollen konkret, als FDP-Fraktion in Übereinstimmung mit den anderen Fraktionen dieses Hauses, wissen, welche Kosten zukünftig bei dem Betrieb und der Unterhaltung von beispielsweise städtischen Immobilien anfallen.

Eine gute Haushaltspolitik soll sich zukünftig daran orientieren, wie beispielsweise die Betriebskosten für Rathaus und Stadthalle berechnet werden. Wir wollen wissen, wie hoch die Betriebs- und Instandsetzungskosten beispielsweise für die neue Feuerwehrimmobilie sind und wie sich Entsprechendes zukünftig im Herrenwaldstadion gestaltet. Wir wollen auch wissen, was beim neuen Familienzentrum in der DAG auf uns zukommt.

Sinnvoll wäre es auch, zu erfahren, wie sich die Prognose bezüglich des Hallenbads weiterentwickelt.

Wer sich den Haushalt anschaut und merkt, dass die Entwicklung des Defizitausgleichs der Bäder sich für das Jahr 2023 gravierend nach oben entwickelt, wird dies nicht nur mit gestiegenen Energiekosten begründen können.

Meine Damen und Herren, ich zeige die Problematik ganz offen und transparent auf, so wie wir von der FDP-Fraktion dies sehen.

Wir alle müssen in diesem Zusammenhang ein Interesse daran haben, dass wir die konkreten Entwicklungen für die Zukunft erkennen und auch in die Haushaltsplanung einbringen können.

Es reicht nicht aus, wenn wir Stadtallendorf schöne, tolle Infrastrukturprojekte gönnen und wir nunmehr auch noch zusätzlich eine DIZ-Erweiterung vornehmen.

Wenn wir nicht konkret berechnet haben, welche Personalkosten dadurch entstehen, welche Instandhaltungskosten und welche Betriebskosten laufend zu erwarten und in den Folgehaushalten abzubilden sind, wird sich für Folgegenerationen, vielleicht schon für uns, ein andauerndes strukturelles finanzielles Problem manifestieren.

Es nützt nichts, sich einen „schönen Bentley zu erwerben“, wenn wir im Nachhinein die Betriebs- und Instandhaltungsaufwendungen kaum oder überhaupt nicht mehr stemmen können.

Auch vor diesem Hintergrund hängt alles von der positiven Wirtschaftsentwicklung Stadtallendorfs, ggf. auch mit einem neuen Gewerbegebiet Nord-Ost bzw. einem deutlich erweiterten Gewerbegebiet ab.

Für die positive Wirtschaftsentwicklung Stadtallendorfs müssen wir alles tun und letztlich dabei bleiben, dass der Hebesatz der Grundsteuer B weiterhin den Kreisdurchschnitt deutlich unterbietet und dass die Gewerbesteuer ebenfalls deutlich unter dem Kreisdurchschnitt liegt.

Das Ergebnis dieser Steuerzurückhaltungspolitik ist bereits heute ein attraktiver Wohn- und insbesondere ein attraktiver Gewerbe- und Arbeitsstandort Stadtallendorf, der uns für die Zukunft positive Entwicklungen verspricht und uns überhaupt in die Lage versetzt, bestimmte Entscheidungen politisch zu treffen.

Wer Stadtallendorf nach vorne bringen will und zukunftsfeste Arbeitsplätze für breite Schichten der Bevölkerung fördern will, braucht Gewerbeneuansiedlungen.

Ich habe hierzu in fast jeder Haushaltsrede der letzten Jahre für die FDP-Fraktion Stellung genommen und ich kündige umfangreiche weitere Initiativen unserer Fraktion an.

Positiv bleibt im vorliegenden Haushalt festzuhalten, dass weder Gebühren- noch Steuererhöhungen vorgesehen sind.

Im Hinblick auf die Baugebietsentwicklung wird es nunmehr darauf ankommen, die bereits angelegten, geplanten Baugebiete endlich zu verwirklichen.

Problematisch bleibt allerdings, dass das Baugebiet St. Michael immer weiter nach hinten verschoben wird.

Die Entwicklung, der Grunderwerb etc. gehen kaum voran. Hier ist Handlungsbedarf, insbesondere im Hinblick auf ein sich rasant änderndes Bau- und Finanzierungsumfeld.

Das große Sorgenkind unserer Verwaltung ist und bleibt die Digitalisierung.

Wenn Antworten auf große oder kleine Anfragen oder in Gesprächen davon geredet wird, dass es noch mindestens 10 Jahre dauert, die Digitalisierung der Verwaltung auf einen erträglichen Stand zu bringen, ist dies inakzeptabel.

So wie es ist, kann es nicht bleiben.

Es sollte kein Generationenprojekt werden, bis die neuesten Standards, gerade hier in Stadtallendorf, erreicht werden können.

Insoweit ist es unerlässlich, die Digitalisierungen zu evaluieren, d. h. festzustellen, was, wann und wie in welchem Umfang erreicht worden ist.

Sie können also erkennen, dass es für die FDP-Fraktion sehr wichtig ist, dass hier endlich zügig gehandelt wird und auch überprüft wird, was mit dem Geld passiert ist und wie effizient die Geldbeträge eingesetzt worden sind.

Hier wird eine der Initiativen unserer Fraktion in 2023 liegen.

In diesem Zusammenhang bleibt darauf hinzuweisen, dass in der Vergangenheit in der Digitalisierungsangelegenheit immer nur Vertröstungen kamen.

Es wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass es sehr schwierig wird, angesichts des Umfangs der Verwaltung, die Digitalisierungsproblematik erfolgversprechend anzugehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die FDP-Fraktion hat den Eindruck, dass es hier nach wie vor kaum vorangeht.

Wir möchten dem weit verbreiteten Vorurteil, wonach öffentliche Verwaltungen – besonders im digitalen Bereich- nicht effizient arbeiten können, eindeutig und klar mit verlässlichen Zahlen entgegentreten können.

Sie können davon ausgehen, dass die FDP-Fraktion es im Laufe des Jahres auch überprüfen wird, inwieweit unser Straßenausbauprogramm vollinhaltlich erfüllt wird und nicht als „Sparkasse“ herangezogen wird.

Unsere neuerliche große Anfrage, wurde prompt mit Schreiben vom 27.01.2023 beantwortet, dies lässt die Hoffnung aufkeimen, dass wichtige Straßensanierungsprojekte in der Zukunft offensiv und erfolgreich angegangen werden.

Wenn wir für diesen Haushalt noch einmal akzeptieren, dass der Innenstadt-Ring, d. h. der Erwerb der entsprechenden Flächen, noch einmal zurückgestellt ist, können und dürfen Sie davon ausgehen, dass wir spätestens für 2023 hier wieder initiativ werden. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Vor diesem Hintergrund können wir alle nur hoffen, dass die wirtschaftliche Situation in Stadtallendorf sich weiterhin positiv entwickelt, dass die Festlegungen im regionalen Raumordnungsplan sich durchaus segensreich entwickeln und wir in Stadtallendorf weitere Gewerbebetriebe und damit weitere Arbeitsplätze erreichen und ansiedeln können und

insbesondere, dass die Menschen so fleißig bleiben, wie sie es derzeit in Stadtallendorf sind.

Sie haben schon gemerkt, ich bin für die Fraktion kaum auf Einzelpunkte des Haushalts eingegangen. Um mit den Worten des Bürgermeisters hier zu argumentieren, bleibt zu sagen, dass man sich ja den Haushalt im Internet aufrufen und dann die einzelnen Punkte nachschauen könne, insoweit erspare ich mir (genauso wie der Bürgermeister) weitere konkrete Angaben hierzu und verweise auf den Haushalt, der ja nunmehr auch im Internet zugänglich ist.

Die FDP - Fraktion hat mich ausdrücklich gebeten, noch einmal auf die Prüfungsbemerkungen zum Jahresabschluss 2021 bezüglich der Betriebskommission Dul zurückzukommen.

Hier wird durch die Prüfer ausdrücklich erwähnt, dass die Betriebskommission für die Überwachung des Rechnungslegungsberichts verantwortlich ist und dargestellt, dass die Personalkosten um weitere 13 % gestiegen sind.

Es wird angegeben, dass die Bauunterhaltungskosten weiter steigen werden und dass das IT-System mit Versionen des Jahres 2017 arbeitet.

Besonders erwähnenswert ist, und das ist für unsere Fraktion sehr wichtig, dass kein formalisiertes systematisches Risikofrüherkennungssystem bestehen soll und dass erhebliche Risiken bei der Bauunterhaltung in Betracht kommen.

Es wird durch die Prüfer ein unabhängiges Controlling vermisst und das Risikomanagementsystem angemahnt.

Hier bleibt insbesondere für das Jahr 2023 erheblicher Handlungsbedarf, auf den wir noch zurückkommen werden.

Meine Damen und Herren, ich will hier nicht zu kritisch werden, die FDP-Fraktion kann einschätzen, wie schwierig Verwaltungstätigkeit ist und insbesondere auch, in welchem Maße die Verwaltung hat arbeiten müssen, um diesen ausgeglichen Haushalt vorzulegen.

Das soll anerkannt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben erkennen können, wie sich die FDP-Fraktion zum Haushaltsplan und den Wirtschaftsplänen stellt.

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, punktuell und verlässlich auf Veränderungsbedarf und Verbesserungsinitiativen hinzuweisen und letztlich die Verwaltung auch dazu zu bringen, die Anregungen und Vorstellungen des Parlaments richtig und zügig umzusetzen.

Die FDP macht die Anmerkungen in verbindlichen, sachlichen Ton.

Wir wollen uns mit diesen Anmerkungen und Vorschlägen nicht profilieren, die Vorschläge sind ja im Grunde genommen auch nicht geeignet, sich zu profilieren, weil Menschen, die mit dem Haushaltsgebaren kaum befasst sind, die Vorschläge eventuell ja sogar überhaupt nicht in ihrer konkreten Form nachvollziehen können.

Auch daran lässt sich ermessen, dass es uns um die sachliche und vernünftige Argumentation geht, letztlich, dass es sich um

Verbesserungen für die Gesamtsituation Stadtallendorfs und seiner Bürger geht.

Wir werden dem Haushalt und den Wirtschaftsplänen zustimmen.

Ich bedanke mich für Ihr geduldiges Zuhören, ich bedanke mich aber insbesondere bei den Mitarbeitern der Verwaltung, die in übersichtlicher ein transparentes Werk aufgestellt haben, das letztlich der Zustimmung würdig ist.